



Zuwanderungspolitik – ein neues kommunales Aufgabenfeld?

Manfred Kühn & Sybille Münch

To cite this article: Manfred Kühn & Sybille Münch (2019) Zuwanderungspolitik – ein neues kommunales Aufgabenfeld?, *disP - The Planning Review*, 55:3, 22-30, DOI: [10.1080/02513625.2019.1670984](https://doi.org/10.1080/02513625.2019.1670984)

To link to this article: <https://doi.org/10.1080/02513625.2019.1670984>



Published online: 30 Sep 2019.



Submit your article to this journal [↗](#)



Article views: 44



View related articles [↗](#)



View Crossmark data [↗](#)

Zuwanderungspolitik – ein neues kommunales Aufgabenfeld?

Manfred Kühn und Sybille Münch

Dr. Manfred Kühn ist Senior Researcher und stellvertretender Leiter der Forschungsabteilung Regenerierung von Städten am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner. Er forscht zu lokalen Planungspolitiken.

Prof. Dr. Sybille Münch ist Juniorprofessorin für Theory of Public Policy am Zentrum für Demokratieforschung (ZDEMO) der Leuphana Universität in Lüneburg. Sie forscht an der Schnittstelle von Stadt- und Migrationspolitikforschung.

Abstract: The regulation of migration has mostly been regarded as a core task of the nation-state, which has the right to control its territorial borders and issue entry visas and citizenships. In the field of urban research, cities and municipalities are therefore regarded as largely dependent on state “migration regimes”. This special issue examines the central question of whether there is also a “local turn” in the field of immigration policy. The cities of Europe are dependent on immigration in order to stabilise their population figures; without immigration they would shrink. In most cases, urban policy is growth- and competition-oriented. Nevertheless, most cities have not yet developed explicit immigration strategies. Wherever this does occur, it is for the most part socially highly selective: many urban development concepts merely articulate the desire for the immigration of young and qualified workers. Many cities still rely on the influx of the “creative class” when competing with other municipalities. The immigration of refugees and asylum seekers, on the other hand, is often seen as a burden by the municipalities and is delegated to integration policy. Due to the dispersal of refugees and asylum seekers by the German state, cities have very little room for manoeuvre in terms of controlling the influx of these immigrant groups. Against this background, this conceptual introductory article examines two key questions: (i) Which migration policy options do cities have and how are they theorised? (ii) Which proactive strategies can cities develop for the purpose of targeted recruitment of immigrants?

Immigration Policy – A New Field of Activity for Cities?

1. Einleitung

Die Migrationspolitik gehört nicht erst seit der jüngsten «Flüchtlingskrise» zu den umstrittensten Politikfeldern in Europa. Während der wahrgenommene Verlust nationalstaatlicher Kontrolle über die Zuwanderung ein wesentlicher Grund für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern sowie

auch ein wichtiges Motiv für die Brexit-Entscheidung in Grossbritannien war, wird seitens der Wirtschaft und der Europäischen Kommission die Notwendigkeit von Einwanderung betont und der steigende Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte in der Wissensgesellschaft als «Kampf um die besten Köpfe» beschworen. Mit der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes – einem liberalistischen Grundpfeiler der EU – gehört die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu den Grundfreiheiten für UnionsbürgerInnen. Damit ist die Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU praktisch nicht mehr durch die Nationalstaaten zu steuern, im Unterschied zur Einwanderung aus Drittstaaten. Der Versuch der Europäischen Kommission, die Arbeitsmigration aus Drittstaaten durch eine gemeinsame Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene zu steuern (Commission of the European Communities 2008), war aufgrund von Widerständen der Nationalstaaten gegen die Aufgabe ihrer Souveränität nur sehr begrenzt erfolgreich und gilt als weitgehend gescheitert (Scholten, Penninx 2016: 105). Demgegenüber wurden in den vergangenen Jahren viele Kompetenzen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik durch den Aufbau des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems auf die europäische Ebene verlagert. Spätestens seit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen seit 2014 droht auch dieses Asylsystem zu scheitern. Denn in der Frage der Aufnahme und Verteilung von Asylsuchenden zeichnet sich eine politische Spaltung der EU ab, während gleichzeitig die Aussengrenzen der «Festung Europa» weiter ausgebaut werden.

Die Regulierung der Migration galt bisher als eine Kernaufgabe der Nationalstaaten, die das Recht haben, ihre territorialen Grenzen zu kontrollieren und Einreise-Visa sowie Staatsbürgerschaften zu vergeben. Städte und Gemeinden gelten in der Stadtforschung deshalb als weitgehend abhängig von staatlichen «Migrationsregimen» (Pott, Tsianos 2014; Horvarth et al. 2017; Pott, Raas, Wolff 2018). In diesem Politikfeld besteht eine ausgeprägte Mehrebenenpolitik zwischen EU, Nationalstaaten, Regionen und Kommunen (Scholten, Penninx 2016; Bommes 2009). Dennoch richtet die Forschung in den letzten Jahren ihren Blick

verstärkt auf die lokale Dimension der Migrationspolitik (Caponio, Borkert 2010). Verschiedene Konzepte von «Immigration Federalism» (Soennecken 2014) bis zur Multi-Level-Governance der Migration (Scholten, Penninx 2016) oder Rückgriffe auf ältere Ansätze der Implementationsforschung, die die Gestaltungspotentiale in dieser Phase des Policy Cycle unterstreichen (Schammann 2015), fangen derzeit aus unterschiedlichen Perspektiven die Heterogenität städtischer Migrationspolitik ein: In der Migrationsforschung wird aktuell ein «local turn» proklamiert (Scholten, Penninx 2016, Zapata-Barrero et al. 2017, Hackett 2017), um der Fixierung auf die nationalstaatliche Ebene zu entgehen und die zunehmenden Divergenzen zwischen nationalen, regionalen und lokalen Migrationspolitiken empirisch und/oder konzeptionell zu thematisieren (Borkert, Bosswick 2007; Schmidtke 2014; Fassmann, Kohlbacher 2016). Viele Städte setzen weltweit auch eigene migrationspolitische Akzente, von denen der signifikanteste wohl darin besteht, sich wie in den USA als «Welcoming Cities» (Huang, Yang Liu 2018) oder «Sanctuary Cities» (Heuser 2017) in unterschiedlichem Masse der nationalstaatlichen Abschiebungspolitik zu verweigern oder zumindest, wie in einigen deutschen Städten anzutreffen, einen sehr pragmatischen Umgang mit irregulären MigrantInnen zu pflegen, denen *de facto* Zugänge zu sozialer Teilhabe offengehalten werden. Dabei agieren viele Städte pro-aktiver und offener gegenüber Zuwanderung als die nationale Ebene. Während beispielsweise führende PolitikerInnen aus Grossbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland die «multikulturelle» Politik für gescheitert erklärten, wobei in vielen Ländern auf nationalstaatlicher Ebene infrage gestellt werden kann, ob es eine solche Phase jemals gegeben hat (Geddes, Scholten 2016: 3), haben viele Grossstädte längst Integrations- und Diversitätskonzepte entwickelt (Schiller 2017). Der «local turn» in der Migrationsforschung bezieht sich daher bisher oftmals auf den Umgang mit der bereits ansässigen Migrationsbevölkerung in den Städten durch lokale Integrationspolitiken.

Vor diesem Hintergrund gehen wir in diesem Beitrag zwei Leitfragen nach: a) Über welche migrationspolitischen Handlungsspielräume verfügen Städte und wie wird dies theoretisiert? b) Welche pro-aktiven Strategien können Städte für eine gezielte Anwerbung von Zuwanderern entwickeln? Während der empirische Fokus des Themenheftes auf Beiträgen zum Deutschen Kongress für Geo-

graphie 2017 beruht und deshalb der Blick überwiegend auf deutsche Kommunen gerichtet wird, soll unser konzeptioneller Zugriff einen Überblick über die verschiedenen, vor allem im europäischen Kontext diskutierten Ansätze liefern. Wenngleich die Autoren und Autorinnen sich unterschiedlicher konzeptioneller Analyserahmen bedient haben, fokussieren sich alle Beiträge auf die lokale Handlungsebene und verwenden Konzepte der Politik- und Planungsforschung.

2. Konzeptionelle Annäherungen an eine lokale Migrationspolitik

Verschiedene Arbeiten haben sich in jüngerer Zeit den lokalen Varianzen und Handlungsspielräumen im Politikfeld Migration genähert. In einem deutsch-kanadischen Vergleich hat Dagmar Soennecken (2014: 160) darauf verwiesen, dass in Kanada eine lokale Wende in der Migrationspolitik unter dem Schlagwort «Immigration Federalism» geführt werde. Damit solle die gewachsene Rolle subnationaler, überwiegend regionaler Akteure in der Steuerung der Migration eingefangen werden. Diese stehe im Kontext eines weiteren Diskurses zu Migration im globalen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte. In der Bundesrepublik Deutschland hingegen, unterstreicht die Autorin, habe es bereits zu Zeiten der «Gastarbeiteranwerbung» eine Bandbreite an dezentralisierten Akteuren gegeben, die in der Migrationspolitik involviert gewesen seien – von Kirchen über Gewerkschaften zu Arbeitgeberverbänden. Insbesondere der Bereich der Integrationspolitik sei aufgrund eines bundespolitischen Vakuums ohnehin der lokalen Ebene vorbehalten gewesen (Soennecken 2014: 160). Erst mit dem 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz sei es in Deutschland zu einer Zentralisierung des Politikfeldes gekommen (Soennecken 2014: 162). Der Befund eines «Immigration Federalism» lässt sich auch für den deutschen Fall konstatieren: Ausländer- und Aufenthaltsrecht fallen zwar unter die konkurrierende Gesetzgebung, sind aber in weitem Masse durch Bundesgesetze dominiert. Im Bereich der Fluchtmigration überträgt der Bund die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes an die Bundesländer, die wiederum ihre Aufgaben an die kommunale Ebene delegieren (Schammann 2015: 172). Die sich daraus ergebenden Handlungsspielräume sind jedoch erst in jüngerer Zeit ins Blickfeld gerückt.

Dabei gab es sogar im Bereich der Regulierung der Arbeitsmigration bzw. des Familiennachzugs in den 1970er Jahren subnationale Varianzen: 1975 wurde in Aushandlungsprozessen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beschlossen, dass Städte und Landkreise, in denen der Ausländeranteil mit 12 Prozent doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt war, zu «überlasteten Siedlungsgebieten» deklariert wurden (Köppe 2002: 28). Im Januar 1977 hatten mehr als 55 westdeutsche Städte eine solche Sperre verhängt (Leitner 1987: 80; vgl. *Die Zeit*, 11.04.1975, S. 46). Die so genannten «Musszonen» sollten überall dort bestehen, wo der lokale Ausländeranteil bei mindestens 12 Prozent lag. «Kannzonen», in denen der Ausländeranteil zwischen 6 und 12 Prozent betrug, konnten ebenfalls für den Zuzug gesperrt werden, «sofern die Infrastruktur überlastet ist und die Aufsichtsbehörde dem Ersuchen der Gemeinde oder Region zustimmt.» Von dieser «Kann»-Bestimmung haben seinerzeit Städte wie Fürth, Nürnberg und Augsburg Gebrauch gemacht (*Die Zeit*, 11.04.1975, S. 46). Der bürokratische Aufwand stand jedoch schnell in keinem Verhältnis zum Nutzen, zumal die Massnahme nicht nur aktiv unterwandert, sondern auch bei verschiedenen lokalen Arbeitgebern auf Widerstand stiess. Auf Druck der Arbeitgeber habe es, so Leitner (1987: 81), beispielsweise in Stuttgart und Offenbach mit Ausländeranteilen von 16 respektive 19 Prozent keine Zuzugssperre gegeben (ausführlich Münch 2010: 297f.). Die damaligen Aushandlungsprozesse würden im heutigen konzeptionellen Repertoire der Migrationspolitikforschung leicht als Fälle von «Multi-Level-Governance» (siehe unten) zu fassen sein.

Vonseiten der Migrationspolitikforschung wurden diese subnationalen Varianzen jedoch weitgehend ausgeblendet. Wie Hannes Schammann (2017: 93) überzeugend argumentiert, ist sowohl eine nationale Perspektive auf Migrationspolitik, als auch eine konvergenztheoretische Herangehensweise, in der gefragt wurde, ob sich die Migrationspolitik liberaler Demokratien annäherte, lange Zeit forschungsleitend gewesen. In Deutschland hätten sich lediglich wenige Einzelfallstudien und zudem solche mit überwiegend deskriptiver Herangehensweise mit der Heterogenität städtischer Migrationspolitik, in diesem Fall Flüchtlingspolitik, befasst (Schammann 2017: 95). Dabei hätten sie sich überwiegend mit den Ansätzen der aus der Politikfeldanalyse stammenden Implementationsforschung ihrem jeweiligen Fall genähert. Die Stadt und ihre Politik gerieten hier

weniger mit ihren Selbstverwaltungsaufgaben im eigenen Wirkungskreis, sondern vielmehr in ihrem Vollzug des Aufenthaltsrechts als delegierter Pflichtaufgabe in den Blick. Insbesondere im Falle der Feststellung einer «Duldung», also der Aussetzung einer Abschiebung, verfügten Städte über Handlungsspielräume (a.a.O.: 102). Mit Tobias Eules (2014) Studie zur Auslegung des Aufenthaltsgesetzes durch Ausländerbehörden in vier deutschen Städten und Antje Ellermanns (2005) Arbeiten zur Abschiebep Praxis im deutsch-amerikanischen Vergleich bestehen einflussreiche Analysen in der Tradition eines bottom-up-Ansatzes, der auf die Interpretations- und Handlungsspielräume der «street-level bureaucracy» (Lipsky 2010) verweist. Mit Rekurs auf Richard Matland (1995) geht Schammann (2015: 163) davon aus, dass die divergierende Umsetzungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes «durch die Ambiguität und Konflikthaftigkeit gesetzlicher Regelungen hervorgerufen werden kann». Dabei liessen sich städtische Auslegungen des Gesetzes dahingehend unterscheiden, ob sie einen wohlfahrtsstaatlich-liberalen oder einen ordnungsrechtlich-restriktiven Zweck des AsylbLG interpretierten. Zuweilen werde das AsylbLG als sozialpolitisches Instrument, andernorts zur Verringerung von Pull-Faktoren genutzt.

Im Rahmen des IMISCOE-Netzwerkes haben verschiedene AutorInnen das Konzept der Multi-Level-Governance aufgegriffen und auf die Regulierung von Migration im Mehrebenensystem der EU angewendet. Peter Scholten und Rinus Pennix zielen in ihren Überlegungen über besondere Formen der Beziehung zwischen nationalen und substaatlichen Ebenen in der Migrationspolitik auf eine Typologisierung ab, die zentralistische, lokalistische oder kooperative Formen der Multi-Level-Governance unterscheidet (Scholten, Penninx 2016). Wo Interaktion und Koordination besonders problematisch sind, da die Verantwortlichkeit, nicht aber die Problemdefinition geteilt wird, sprechen sie von «Entkopplung» (*decoupling*). Im Rahmen des fünfjährigen «Cities of Refuge» Projektes am University College Roosevelt wird zurzeit unter der Leitung von Barbara Oomen (<http://citiesofrefuge.eu>) mit einer ähnlichen Typologie der Frage nachgegangen, wie sich Städte im Umgang mit Geflüchteten oder abgelehnten Asylsuchenden in ihrer Politik etwa mit Anrufung der Menschenrechte von nationalstaatlicher Politik ablösen.

Aus einer sinnverstehenden Forschungsperspektive heraus haben Autorinnen wie Abu-

Lughod (1999) und Foner (2007) herausgearbeitet, dass Migration und Diversität lokal sehr unterschiedliche Dinge bedeuten, die mit unterschiedlichen geographischen Faktoren, verschiedenen Einwanderungsgeschichten und ökonomischen Entwicklungen, politischen Institutionen und Steuerungstraditionen zusammenhängen. Ausgehend von einer Heuristik der «Eigenlogik der Städte» schlussfolgern daran anknüpfend Barbehön und Münch (2016) in einer vergleichenden Diskursanalyse, dass sich städtische Diskurse hinsichtlich ihrer Konstruktion von Diversität, der Unterscheidung zwischen Gruppen und der Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft erheblich unterscheiden.

Die Forschung zur Migrationspolitik ist erwartungsgemäss durch eine top-down-Perspektive gekennzeichnet, die von der Steuerbarkeit von Wanderung implizit und explizit geprägt ist. Dies drückt sich im Schlagwort der «Gastarbeiteranwerbung» ebenso aus wie im derzeitigen Mantra, «Fluchtursachen bekämpfen» zu wollen (zu den Grenzen der Steuerung von Migration siehe auch SVR 2018). Dem haben insbesondere ethnographische und soziologische AutorInnen mit dem Konzept einer «Autonomie der Migration» (Hess, Tsianos 2010) einen Perspektivwechsel entgegengehalten, der die Sicht der Migrierenden selbst in den Blick nimmt.

Als Synthese einer top-down- und einer bottom-up-Perspektive, die der Komplexität als Wechselverhältnis von Steuerung und Migration Rechnung tragen kann, ist in jüngerer Zeit das in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen bereits lange etablierte Konzept des Regimes aufgegriffen und adaptiert worden (Hinger et al. 2016: 443f). Die Rede vom Migrationsregime greift dabei die traditionelle top-down-Perspektive älterer Regimeforschung auf und verbindet sie mit einem an Foucault angelehnten weiteren Begriffsverständnis, das diskursive Machtverhältnisse des Ein- und Ausschlusses inkorporiert (Kleist 2015: 160): «If we step away from explaining migration movement as a response to migration policy and emphasize the reciprocal relation between mobility and regulation, we cannot restrict ourselves to policy analysis or quantitative description of movement» (Rass, Wolf 2018: 21). Von Giuseppe Sciortino (2004) stammt eine häufig zitierte Definition, wonach ein Migrationsregime als «mix of implicit conceptual frames, generations of turf wars among bureaucracies and waves after waves of «quick fix» to emergencies, triggered by changing political constellations of actors»,

zu verstehen sei. Andreas Pott et al. (2018), die mit einem Sammelband zu einer wichtigen Klärung des Regimebegriffs beigetragen haben, räumen ein, dass der Begriff – schon durch seine vielfältige Operationalisierung und Verwendung durch unterschiedliche Disziplinen «zu einem bestimmten unbestimmten Gegenstand geworden (sei). Unter Migrationsregimen kann sich nahezu jeder und jede in der Migrationsforschung etwas vorstellen, wenn auch durchaus Unterschiedliches» (Pott et al. 2018: 6). Neben der Stärke, struktur- und akteurbezogene Perspektiven zu inkorporieren, gehen viele Arbeiten zum «Migrationsregime» mit der Forderung nach einer Überwindung des «methodologischen Nationalismus» (vgl. Wimmer, Glick Schiller 2002) einher. Damit verbunden ist der Anspruch einer stärkeren Berücksichtigung der lokalen Ebene (Pott 2018: 108). Ausgehend von diesen verschiedenen Ansätzen, wonach Migrationspolitik auch auf lokaler Ebene und durch eine Vielzahl von Akteuren geprägt wird, wollen wir im Folgenden analysieren, inwiefern die aufgezeigten Handlungsspielräume von Kommunen im Sinne einer potentialorientierten Sicht auf Zuwanderung genutzt werden (können).

3. Strategien von Städten in der Anwerbung von Zuwanderung

Während Häußermann und Oswald konstatieren, Städte in Europa stünden vor dem Dilemma, für die Integration zuständig zu sein, jedoch keine eigene Einwanderungspolitik in Bezug auf die Anwerbung und Auswahl von Zuwanderern betreiben zu können (Häußermann, Oswald 1997: 26), deuten verschiedene konzeptionelle und empirische Beiträge darauf hin, dass Städte durchaus eigene Akzente setzen wollen und können. Welche Anlässe und Gründe gibt es, um den Städten – trotz der gegebenen Abhängigkeit von den nationalstaatlichen Zuwanderungspolitiken – künftig eine pro-aktivere Rolle in diesem Politikfeld zuzuschreiben?

Treibende Kräfte für lokale Strategien

In der planungs- und politikbezogenen Forschung lassen sich folgende Treiber für die Entwicklung von Zuwanderungsstrategien von Städten unterscheiden:

Ausgleich von räumlichen Disparitäten. In vielen europäischen Ländern verschärfen sich derzeit die räumlichen Disparitäten zwischen

Metropolregionen und ländlichen oder alt-industriellen Regionen. Daraus ergeben sich zwischen wachsenden und schrumpfenden Städten und Regionen sehr unterschiedliche Problemlagen in Bezug auf die Migration (Williams 2009). Während in den boomenden Metropolen die ankommenden MigrantInnen häufig mit den ärmeren Einheimischen auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten konkurrieren, sind strukturschwache Städte und Regionen durch Überangebote an Wohnungen und eine hohe Arbeitslosigkeit bei einem gleichzeitigem Fachkräftemangel gekennzeichnet. Diese unterschiedlichen Bedarfe haben in klassischen Einwanderungsländern wie Kanada oder Australien dazu geführt, dass die nationalstaatlichen Immigrationspolitiken stärker dezentralisiert und an die Provinzen delegiert wurden. In Kanada wurde die Anwerbung von Zuwanderern stark von der nationalen auf die regionale Ebene der Provinzen verlagert (Schmitdke 2014). Die Zuwanderungspolitik in Australien hat spezielle Visa für MigrantInnen ausgegeben, die bereit sind, sich in strukturschwachen Kleinstädten und Regionen niederzulassen (Sumption 2014). Diese Beispiele zeigen, dass durch eine dezentralisierte räumliche Steuerung der Ansiedlung von MigrantInnen die Einwanderungspolitik genutzt werden kann, um regionale Disparitäten auszugleichen. Dies erfordert eine strategische Verknüpfung von Regional- und Migrationspolitiken und eine Verlagerung von Steuerungskompetenzen auf subnationale Ebenen.

Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung. Durch die wachsenden räumlichen Disparitäten in vielen europäischen Ländern steigt der demografische Problemdruck vor allem in schrumpfenden Städten und Regionen. Denn schrumpfende Städte sind nicht nur durch hohe Abwanderungsraten, bauliche Leerstände, wirtschaftliche Strukturschwäche, soziale Armut und hohe Arbeitslosigkeit geprägt, sondern auch durch eine stärkere Alterung der Wohnbevölkerung. Schrumpfende Städte sind deshalb in besonderem Mass auf Zuwanderung angewiesen, um Bevölkerungsverluste auszugleichen und Alterungsprozesse zu verlangsamen (Gesemann et al. 2012). Zuwanderungsstrategien können damit ein Handlungsansatz für die demografische Regenerierung von Städten sein. In Deutschland gibt es erste Vorschläge, die Zuwanderung von Geflüchteten stärker in die sich entleerenden ländlichen Räume zu lenken (ARL 2016). Im Sinne der oben dargestellten Überlegungen dazu, dass Migration nicht nur gesteuert, son-

dern auch durch die «agency» der Migrierenden geprägt ist, stellt sich indes die Frage, ob die Existenz von Netzwerken und Arbeitsplätzen in den Ballungsräumen nicht weiterhin das Phänomen der Kettenmigration wahrscheinlich und eine «replacement migration», also Umkehr der Schrumpfung durch Zuzug in strukturschwächeren Regionen, unwahrscheinlich macht.

Lokale Wachstumspolitiken. StadtpolitikerInnen und Unternehmen bilden in vielen Fällen Wachstums-Koalitionen, die in der Governance-Forschung als Typ der «Progrowth governance» (Pierre 2011) beschrieben werden. Die Stadtpolitiken zielen in vielen Städten nicht nur auf Wachstum der Wirtschaft, sondern auch von Beschäftigung und Wohnbevölkerung. Neben dem wirtschaftlichen Renditedruck seitens der Investoren ist die Wachstumspolitik in deutschen Städten auch durch fiskalpolitische Anreize motiviert. Da sich die staatlichen Finanzzuweisungen in die Gemeinden stark nach der Einwohnerzahl bemessen, verbessern steigende Einwohnerzahlen die kommunale Haushaltslage. Wachstumsorientierte Stadtpolitiken zielen deshalb nicht nur auf die Anwerbung von Investoren, sondern auch auf die Anwerbung von neuen EinwohnerInnen (Bommes 2009).

Fachkräftemangel. Schrumpfende Städte und Regionen sind oft auch durch eine Dequalifizierung der Wohnbevölkerung gekennzeichnet, weil die mobileren und höher qualifizierten Arbeitskräfte bereits abgewandert sind und die weniger mobilen und geringer Qualifizierten zurückbleiben. Diese finden keine Arbeit in den neuen Wachstumsbranchen der Dienstleistungs- und Wissensökonomie. Dadurch entsteht gerade in strukturschwachen Regionen ein Fachkräftemangel, sodass viele Unternehmen freie Stellen anbieten, die auf dem Arbeitsmarkt aufgrund des qualifikatorischen «mismatch» nicht nachgefragt sind. In Deutschland führt die Bundesagentur für Arbeit dazu einer Liste von «Mangelberufen». Heute ist auch in strukturschwachen Städten und Regionen vor allem ein Bedarf an qualifizierten Fachkräften in verschiedenen Berufsfeldern vorhanden (Fuchs, Kubis 2017).

«Wettbewerb um die besten Köpfe». Die Globalisierung hat in manchen Branchen wie der IT-Wirtschaft zu einer teilweise weltweiten Konkurrenz zwischen Städten um hochqualifizierte «Talente» geführt (Kuptsch, Fong 2006). Junge AkademikerInnen, Studierende und Kreative gelten als Talente, sind besonders mobil und deshalb von den europäischen

Städten als Zuwanderer sehr erwünscht. Bei einer insgesamt schrumpfenden und alternenden Bevölkerung in Europa nimmt die Konkurrenz der Städte um diese Zuwanderergruppen zu. Städte, denen es nicht gelingt, junge und qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen, haben demnach die schlechtesten ökonomischen Aussichten. Studien zur Attraktivität von Städten auf den Arbeitsmärkten zeigen, dass neben den Arbeitsplatz-Angeboten auch die Lebensqualität von Städten ein wichtiger Faktor für die Zuwanderung ist (Buch et al. 2014). Die Zukunft der Städte hängt deshalb nicht zuletzt davon ab, wie attraktiv sie für qualifizierte MigrantInnen sind.

In der Migrationsforschung wird vielfach ein *Perspektivenwechsel von der Problem- zur Potenzial-Sicht* auf internationale Zuwanderung gefordert. Anstelle einer problem-orientierten Sicht, welche nur die Defizite und Lasten der Integration von MigrantInnen aus dem Ausland betont, wird eine potential-orientierte Sicht vertreten, die Zuwanderung als Ressource der Stadtentwicklung betrachtet (Pütz, Rodatz 2013; Yildiz, Mattausch 2009; Nuissl, Schmitz 2015). Potenziale von MigrantInnen für die Regenerierung der Städte werden in einer Belebung von marginalisierten Stadtquartieren, einer verbesserten Versorgung durch migrantische Geschäfte, einer verbesserten Arbeitsmarktlage durch Selbstständige (Hillmann 2011; Räuchle 2018) und einer Steigerung der Attraktivität der Städte für neue BewohnerInnen und Unternehmen durch die Vermarktung der ethnisch-kulturellen Diversität erwartet (Glick Schiller, Caglar 2013).

Daneben lässt sich seit wenigen Jahren ein *gestiegenes Selbstbewusstsein* verschiedener Städte beobachten, sich in Themenfeldern wie etwa Klimaschutz- oder Migrationspolitik zu engagieren, die in der Vergangenheit eher der nationalen, wenn nicht sogar internationalen Ebene vorbehalten waren. Insbesondere Grossstädte positionieren sich dezidiert als progressiv gegenüber ihren Regierungen, wenn etwa initiiert durch die städtische Zivilgesellschaft eine direkte Ansiedlung von in Idomeni gestrandeten Geflüchteten in Osnabrück gefordert wird oder wie im Sommer 2018 verschiedene europäische Grossstädte anbieten, in Seenot geratene Bootsflüchtlinge aufzunehmen, deren Landgang durch verschiedene Mittelmeeranrainer verwehrt wurde. Neben einem anderen Selbstverständnis können hier auch *parteiliche Abgrenzungsversuche* eine Rolle spielen, wenn linke Stadtregierungen gegen ihren konservativ regierten Nationalstaat in Stellung gehen.

Ansätze für kommunale Zuwanderungsstrategien

Die meisten Studien zum «local turn» rekurrieren bisher auf die Etablierung von kommunalen Integrationspolitiken. Während sich diese «immigrant policies» auf den Umgang mit bereits ansässigen Zuwanderern und deren Teilhabe beziehen, richten sich die Zuwanderungspolitiken («immigration policies») auf die Steuerung der grenzüberschreitenden Wanderung (Geddes, Scholten 2016). In der planungsbezogenen Forschung liegen im Hinblick auf pro-aktive Zuwanderungsstrategien der Städte bisher nur wenige empirisch fundierte Forschungsergebnisse vor, da dieses Handlungsfeld bisher noch nicht etabliert ist. Eine Ausnahme bildet hier eine empirische Studie, die untersucht hat, wie sich das Themenfeld Migration in Stadtentwicklungskonzepten deutscher Grossstädte niederschlägt (Berding 2008). Dazu wurden Konzepte aus den Grossstädten Berlin, Bremen, Dresden, Hamburg, München und Stuttgart aus dem Zeitraum zwischen 1996 und 2004 ausgewählt und analysiert. Im Ergebnis zeigt sich, bei einigen Unterschieden zwischen den Städten, dass Migration insgesamt nur einen relativ geringen Stellenwert in den Konzepten hat. Allerdings ist die Studie inzwischen zehn Jahre alt.

Für die Etablierung proaktiver Zuwanderungsstrategien auf der kommunalen Ebene lassen sich nach den verschiedenen Treibern auch verschiedene Handlungsfelder unterscheiden (Kühn 2018). Strategien, die am demografischen Wandel ansetzen, zielen häufig auf einen Zuwachs an «Steuerbürgern», nicht zuletzt um durch einen Einwohnerzuwachs die Kommunalfinanzen zu verbessern. Im Handlungsfeld der Städtebau- und Wohnungspolitik setzen viele Städte auf eine «Reurbanisierung» (Brake, Herfert 2012), um neue Stadtquartiere zu bauen (z. B. HafenCity Hamburg, Unterneustadt Kassel), benachteiligte Quartiere zu beleben oder Leerstände von Wohnungen zu reduzieren. Die erwünschten «Reurbaniten» sind meist Zuziehende oder RückkehrerInnen aus dem Umland, ehemalige Einpendler oder auch neue BewohnerInnen aus anderen Städten. In strategischen Dokumenten von wissenschaftlichen Universitätsstädten ist die Formel «Wettbewerb um die besten Köpfe» ein verbreitetes Motiv, um sich in der Konkurrenz mit anderen Städten um hochqualifizierte AkademikerInnen und sogenannte «Talente» zu positionieren. Für die Anwerbung von in- und ausländischen Fachkräften haben manche Städte ein Stadt-

Handlungsfelder	Zielgruppen der Zuwanderung	Ziele	Steuerungsinstrumente (Akteure)
Demografie	Neue BewohnerInnen Junge BewohnerInnen	Wachstum der Einwohnerzahl (gegen Schrumpfung) Alterung der Bevölkerung bremsen	Ansiedlung von Investoren Neue Job- und Wohnungsangebote (Unternehmen, Wohnungswirtschaft)
Fachkräftesicherung	Hochqualifizierte Qualifizierte Fachkräfte	Wettbewerbsfähigkeit durch Rekrutierung von (hoch) qualifizierten Fachkräften	Ausbildungsplätze und Job-Angebote Technologiezentren (Hochschulen, Unternehmen)
Hochschul- und Bildungspolitik	Studierende	Studierende anwerben Studierende nach Abschluss halten	Studien-Angebote der Universitäten (Länder)
Städte- und Wohnungsbau	«Reurbaniten» Young Urban Professionals Rückkehrer aus Umland Einpenderler	Reurbanisierung Abbau von Leerständen und Brachen	Städtebauliche Projekte Wohnungsneubau-Projekte (Stadtentwicklungsämter, Wohnungsunternehmen)
Standortmarketing	Ausländische Fachkräfte	Attraktivitätssteigerung durch weltoffenes Image Lokales Selbstverständnis als Einwanderungsstadt	Werbekampagnen «Willkommens»-Service (Ausländerbehörden, Wirtschaftsförderung, IHKs)

Tab. 1: Zuwanderungsstrategien von Städten: Handlungsfelder.

marketing entwickelt, das auf ein weltoffenes Image und eine «Willkommenskultur» setzt (BBSR 2014). In Berlin haben die Wirtschaftsförderung, die Ausländerbehörde sowie die Industrie- und Handelskammer (IHK) seit 2017 einen «Business Immigration Service» als zentrale Anlaufstelle eingerichtet, um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland bei der Arbeitserlaubnis und Wohnungssuche zu unterstützen.

Tabelle 1 gibt eine Übersicht über die verschiedenen Handlungsfelder von lokalen Zuwanderungsstrategien.

Der Überblick über die Steuerungsinstrumente zeigt bereits, dass Kommunen allein nicht in der Lage sind, Zuwanderungsstrategien zu entwickeln, sondern dass dies eine konzentrierte Aufgabe von öffentlichen und privaten Akteuren ist und damit einer auch in anderen Politikfeldern etablierten Praxis von Governance entspricht. Im Bereich der Fachkräftesicherung betrifft dies vor allem die privaten Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftsverbände. Die Akteure aus der Wirtschaft sind in Zeiten des Arbeitskräftebedarfs am ehesten an der Anwerbung von Arbeitskräften interessiert (Hollifield 2004). So sind die Gastarbeiterabkommen in der Bundesrepublik zwischen 1955 und 1973 massgeblich auf Druck der Arbeitgeber entstanden. Im «Wettbewerb um die

besten Köpfe» sind die Bundesländer als Träger der Universitäten und Hochschulen wichtige Player. Diese – und nicht die Städte – bestimmen mit den Studienplatz-Angeboten, wie attraktiv die Hochschulstädte für Studierende sind. Im Bereich des Städte- und Wohnungsbaus sind die privaten oder öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften wichtige Akteure. Durch den Verkauf von Wohnungsunternehmen an private Investoren und die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus haben die Städte selbst heute oft nur noch begrenzte Steuerungsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Der Grad der Strategiebildung im Feld der Zuwanderungspolitik hängt demnach im starken Mass von den Urban-Governance-Kapazitäten der Städte ab, also der Frage, inwiefern es ihnen gelingt, verschiedene Akteure in die Problemlösungsversuche einzubeziehen.

Literatur

- ABU-LUGHOD, J.L. (1999): *New York, Chicago, Los Angeles: America's Global Cities*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- ARL – *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (2016): Migration und Raumentwicklung. Positionspapier der ARL 105. Hannover: Verlag der ARL.

- BARBEHÖN, M.; MÜNCH, S. (2016): The «distinctiveness of cities» and distinctions in cities: boundaries of belonging in comparative perspective. *Urban Research and Practice*, 9(1), S.37–55.
- BBSR – BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.) (2014): *Wie können Kommunen für qualifizierte Zuwanderer attraktiv werden?* Bonn: BBSR-Online-Publikation, 10/2014.
- BERDING, U. (2008): *Migration und Stadtentwicklungspolitik. Eine Untersuchung am Beispiel ausgewählter Stadtentwicklungskonzepte*. Saarbrücken: VDM Verlag.
- BOMMES, M. (2009): Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In GESEMANN, F.; ROTH, R. (Hrsg.), *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, S.89–109.
- BORKERT, M.; BOSSWICK, W. (2007): *Migration Policy-making in Germany. Between National Reluctance and Local Pragmatism?* (=IMISCOE Working Paper No.20). Bamberg: IMISCOE.
- BRAKE, K.; HERFERT, G. (Hrsg.) (2013): *Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- BUCH, T.; HAMANN, S.; NIEBUHR, A.; ROSSEN, A. (2014): What Makes Cities Attractive? The Determinants of Urban Labour Migration in Germany. *Urban Studies*, 51(9), S.1960–1978.
- CAPONIO, T.; BORKERT, M. (Hrsg.) (2010): *The Local Dimension of Migration Policymaking*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES (2008): *A Common Immigration Policy for Europe: Principles, actions and tools*, COM(2008)359 final. Brüssel.
- DIE ZEIT (1975): Vor die Tür gesetzt. *Die Zeit*, 16, 11.04.1975, S.46.
- ELLERMANN, A. (2005): Coercive capacity and the politics of implementation. Deportation in Germany and the United States. *Comparative Political Studies*, 38(10), S.1219–1244.
- EULE, T.G. (2014): *Inside immigration law. Migration management and policy application in Germany*. Farnham: Ashgate.
- FASSMANN, H.; KOHLBACHER, J. (2016): Integrationspolitische Maßnahmen europäischer Städte. Eine Übersicht. In GANS, P. (Hrsg.), *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration* (= Forschungsberichte der ARL 3). Hannover: Verlag der ARL, S.402–426.
- FONER, N. (2007): How Exceptional Is New York? Migration and Multiculturalism in the Empire City. *Ethnic and Racial Studies*, 30(6), S.999–1023.
- GEDDES, A.; SCHOLTEN, P. (2016): *The politics of migration and immigration in Europe* (2nd edition). London: Sage.
- GESEMANN, F.; ROTH, R. (Hrsg.) (2018): *Handbuch lokale Integrationspolitik*. Wiesbaden: Springer VS.
- FUCHS, J.; KUBIS, A. (2017): Demographie und Fachkräftemangel: Warum Deutschland qualifizierte Zuwanderer braucht. In BERTELSMANN-STIFTUNG (Hrsg.), *Faire Fachkräftezuwanderung nach Deutschland*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung, S.27–44.
- GESEMANN, F.; ROTH, R.; AUMÜLLER, J. (2012): *Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das BMVBS und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
- GLICK SCHILLER, N.; ÇAGLAR, A. (2013): Locating migrant pathways of economic emplacement: Thinking beyond the ethnic lens. *Ethnicities*, 13(4), S.494–514.
- HACKETT, S.E. (2017): The «local turn» in historical perspective: two city case studies in Britain and Germany. *International Review of Administrative Sciences*, 83(29), S.340–357.
- HÄUSSERMANN, H.; OSWALD, I. (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung. In OSWALD, I. (Hrsg.), *Zuwanderung und Stadtentwicklung* (= Leviathan Sonderheft 17). Wiesbaden: Springer VS, S.9–29.
- HESS, S.; TSIANOS, V. (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse als Methodologie der Autonomie der Migration. In HESS, S.; KASPAREK, B. (Hrsg.), *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin: Assoziation A, S.243–264.
- HEUSER, H. (2017): *Sanctuary Cities in der BRD: Widerstand gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung, Flüchtlingsforschungsblog*. Online: <https://fluechtlingsforschung.net/sanctuary-cities-in-der-brd> (erschieden am 13.03.2017, Zugriff am 27.02.2019).
- HILLMANN, F. (Hrsg.) (2011): *Marginale Urbanität. Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung*. Bielefeld: transcript Verlag.
- HINGER, S.; SCHÄFER, P.; POTT, A. (2016): The local production of asylum. *Journal of Refugee Studies*, 29(4), S.440–463.
- HOLLIFIELD, J.F. (2004): The Emerging Migration State. *International Migration Review*, 38(3), S.885–912.
- HORVARTH, K.; AMELINA, A.; PETERS, K. (2017): Rethinking the politics of migration. On the uses and challenges of regime perspectives for migration research. *Migration Studies*, 5(3), S.301–314.
- HUANG, X.; YANG LIU, C. (2018): Welcoming Cities: Immigration Policy at the Local Government Level. *Urban Affairs Review*, 54(1), S.3–32.
- KLEIST, O. (2015): Über Flucht forschen. Herausforderungen der Flüchtlingsforschung. *PERIPHERIE*, 138/139(35), S.150–169.
- KÖPPE, O. (2002): *MigrantInnen zwischen sozialem Rechtsstaat und nationalem Wettbewerbsstaat. Zur Bedeutung von Justiz und Politik bei der Vergabe von bürgerlichen und sozialen Rechten an MigrantInnen unter sich verändernden sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen*. Dissertation zum Dr.sc.pol, vorgelegt am 6. Juni 2002 an der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

- KÜHN, M. (2018): Immigration Strategies of Cities – Local Growth Policies and Urban Planning in Germany. *European Planning Studies*, 26 (9), S. 1747–1762.
- KUPTSCH, C.; PANG, E. F. (2006): *Competing for global talent*. Genova: International Labour Organisation.
- LEITNER, H. (1987): Regulating Migrants' lives: The dialect of migrant labour and the contradictions of regulatory and integration policies in the Federal Republic of Germany. In GLEBE, G.; O'LOUGHLIN, J. (Hrsg.), *Foreign Minorities in Continental European Cities*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 71–89.
- LIPSKY, M. (2010): *Street-level bureaucracy. Dilemmas of the individual in public services, 300th anniversary expanded edition*. New York: Russell Sage Foundation.
- MATLAND, R. E. (1995) Synthesizing the implementation literature: The ambiguity-conflict model of policy implementation. *Journal of Public Administration Research and Theory*, 5 (2), S. 145–174.
- MÜNCH, S. (2010): *Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich*. Wiesbaden. Springer VS.
- NUSSL, H.; SCHMIZ, A. (2015): Migrantische Ökonomie als Potential räumlicher Entwicklung. *Geographische Rundschau*, 4, S. 26–32.
- PIERRE, J. (2011): *The Politics of Urban Governance*. London: Palgrave Macmillan.
- POTT, A. (2018): Migrationsregime und ihre Räume. In POTT, A.; RASS, C.; WOLFF, F. (Hrsg.), *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime? Migrationsgesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS, S. 107–135.
- POTT, A.; RASS, C.; WOLFF, F. (2018): Was ist ein Migrationsregime? Eine Einleitung. In POTT, A.; RASS, C.; WOLFF, F. (Hrsg.), *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime? Migrationsgesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–16.
- POTT, A.; TSIANOS, V. S. (2014): Verhandlungszonen des Lokalen. Potentiale der Regimeperspektive für die Erforschung der städtischen Migrationsgesellschaft. In OSSENBRÜGGE, J.; VOGELPOHL, A. (Hrsg.), *Theorien in der Raum- und Stadtforschung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 116–135.
- PÜTZ, R.; RODATZ, M. (2013): Kommunale Integrations- und Vielfaltskonzepte im Neoliberalismus. Zur strategischen Steuerung von Integration in deutschen Großstädten. *Geographische Zeitschrift*, 101–103 (3+4), S. 166–183.
- RASS, C.; WOLFF, F. (2018): What Is in a Migration Regime? Genealogical Approach and Methodological Proposal. In POTT, A.; RASS, C.; WOLFF, F. (Hrsg.), *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime? Migrationsgesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS, S. 19–64.
- RÄUCHLE, C. (2018): Migration als urbane Ressource? Soziale Deutungsmuster lokaler Governance-Akteure im Vergleich. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 2018 (1), S. 43–58.
- SCHAMMANN, H. (2017): Stadt, Land, Flucht. Konzeptionelle Überlegungen zum Vergleich städtischer Flüchtlingspolitik in Deutschland. In BARBEHÖN, M.; MÜNCH, S. (Hrsg.), *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 91–118.
- SCHAMMANN, H. (2015): Wenn Variationen den Alltag bestimmen. Unterschiede lokaler Politikgestaltung in der Leistungsgewährung für Asylsuchende. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 9 (3), S. 161–182.
- SCHILLER, M. (2017): The implementation trap: the local level and diversity policies. *International Review of Administrative Sciences*, 83 (2), S. 267–282.
- SCHMIDTKE, O. (2014): Beyond National Models? Governing migration and integration at the regional and local levels in Canada and Germany. *Comparative Migration Studies*, 2 (1), S. 77–99.
- SCHOLTEN, P.; PENNINX, R. (2016): The Multilevel Governance of Migration and Integration. In GARCÉS-MASCARENAS, B.; PENNINX, R. (Hrsg.), *Integration Processes and Policies in Europe, IMISCOE Research Series*. Dordrecht: Springer, S. 91–108.
- SCIORTINO, G. (2004): *Between phantoms and necessary evils. Some critical points in the study of irregular migrations to Western Europe* (= IMIS-Beiträge 24), S. 17–44.
- SOENNECKEN, D. (2014): Germany and the Janus Face of Immigration Federalism: Devolution vs. Centralization. In BAGLAY, S.; NAKACHE, D. (Hrsg.), *Immigration Regulation in Federal States. Challenges and Responses in Comparative Perspective*. Dordrecht: Springer, S. 159–178.
- SUMPTION, M. (2014): *Giving Cities and Regions a Voice in Immigration Policy. Can National Policies Meet Local Demand?* Washington DC: Migration Policy Institute.
- SVR – SACHVERSTÄNDIGENRAT DEUTSCHER STIFTUNGEN FÜR INTEGRATION UND MIGRATION (2018): *Steuern, was zu steuern ist: Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetze leisten? Jahrgutachten 2018*. Berlin. SVR.
- WILLIAMS, A. M. (2009): International migration, uneven regional development and polarization. *European Urban and Regional Studies*, 16 (3), S. 309–322.
- WIMMER, A.; GLICK SCHILLER, N. (2002): Methodological Nationalism and Beyond. *Global Networks*, 2 (4), S. 301–334.
- YILDIZ, E.; MATTAUSCH, B. (2009): *Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource*. Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser.
- ZAPATA-BARRERO, R.; CAPONIO, T.; SCHOLTEN, P. (2017): Theorizing the «local turn» in a multilevel governance framework of analysis. A case study in immigrant policies. *International Review of Administrative Sciences*, 83 (29), S. 241–246.

Dr. Manfred Kühn
IRS – Leibniz-Institut für Raum-
bezogene Sozialforschung
Flakenstr. 29–31
15537 Erkner, Deutschland
manfred.kuehn@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Sybille Münch
Zentrum für Demokratieforschung (ZDEMO)
Leuphana Universität Lüneburg
Universitätsallee 1, C4.015b
21335 Lüneburg, Deutschland
sybille.muench@leuphana.de